

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

275 (4.10.1919) Erstes und Zweites Blatt

Karlsruher Tagblatt

Verlagspreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 3,00 Mk.,
vierteljährlich 8,70 Mk., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 1,80 Mk.
In 8 Bänden am Postfalter
abgeholt 6,40 Mk. Viertel-
jährlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus ge-
braucht 6,45 Mk.
Einselnummer 10 Pf.

**Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.**

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
Die Oeko. Romareillecke
oder deren Platz 30 Pf.,
Reklamezeile 1,25 Pf., an
erster Stelle 1,50 Pf.
Auf diese Preise
30% Zenerungszuschlag.
Abend nach 20 Pf.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags.
Keinere Anzeigen freier
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortliche:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Berlin W. 207.
Schriftleitung Nr. 204.

116. Jahrg. Nr. 275. Samstag, den 4. Oktober 1919. Erstes Blatt.

Umbildung der Reichsregierung.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
In dem Plenum der Nationalversammlung wird die Besprechung der langen Reihe von Interpellationen fortgesetzt. Ueber die wichtige Frage der Zahlung der Einfuhrzölle in Gold erklärte Herr Erzberger, sich erst später äußern zu können. Die Behandlung des Wohnungsproblems zeigt wenigstens, daß alle Parteien seine ungeheure Wichtigkeit erkannt haben.
Inzwischen wurde hinter den Kulissen an der Umbildung des Kabinetts weitergearbeitet. Wie angekündigt wurde, hat Herr Koch keineswegs sofort zugegriffen, sondern hat sich zunächst dem Drängen seiner Parteifreunde durch die Abreise nach Düsseldorf entzogen. Außerdem scheint bei Ablehnung Kochs der Frankfurter zweite Bürgermeister Dr. Ruppe, eines der angesehensten und rührigsten Mitglieder der Partei, die meisten Aussichten zu haben, für das Ministerium des Innern nominiert zu werden.
Für die Besetzung des neu geschaffenen Ministeriums des Wiederaufbaus kommen verschiedene Personen in Betracht, die auch mit ausländischen Stimmungen im Zusammenhang stehen: der Minister soll aus begrifflichen Gründen kein Schwerindustrieller sein, aber auch die Nennung eines Direktors der Deutschen Bank hat verschiedene Bedenken hervorgerufen, weil die Deutsche Bank in vielen Kreisen als wichtiger Exponent der deutschen Wirtschaftsexpansion vor dem Kriege angesehen wird.
Wir sind der Meinung, daß man alle solche Rücksichten nicht übersehen darf. Gerade die Stellung des Wiederaufbauministers sollte der Politik möglichst entzogen sein, so daß für sie allein persönliche Loyalität ausschlaggebend ist, die mit diplomatischem Geschick und internationalen Beziehungen verbunden sein muß.
Die offizielle Befanngabe der Ernennungen.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 3. Okt. (Wolff.) Auf Vorschlag des Reichsanwalters hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 53 der Verfassung den Abg. Reichsminister A. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abg. Oberbürgermeister W. Schaffel, zum Reichsminister des Innern berufen und Minister Schiffer zugleich mit der Vertretung des Reichsanwalters betraut. Die Weisung des neu ernannten Ministeriums für Wiederaufbau wird voraussichtlich schon in den allerersten Tagen erfolgen. Dr. Dabildt wird der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angeschlossen.
h. Berlin, 3. Okt. (Wolff.) Wie ich schon erwähnte, scheint Herr Koch noch nicht ganz auf den Ministerposten bedacht zu sein. Die neueste Version geht dahin, daß er nach Düsseldorf vor allem deswegen gefahren ist, um mit der dortigen Stadtverwaltung, die ihn schon seit ihrer Oberbürgermeisterwahl gewählt hat, sich zu besprechen. Die demokratische Fraktion wird, wie wir hören, zuerst den Bescheid des Oberbürgermeisters abwarten, bevor sie weiter zu den Personalfragen Stellung nimmt.

Die Regierungsbildung in Bayern.

(Drabmeldung unseres Münchner Korrespondenten.)
München, 3. Okt. Besprechungen zwischen den Koalitionsparteien des Landtages und der Regierung über die Regierungsfrage haben zu dem einstimmigen Ergebnis geführt, daß von einer einstimmigen Lösung der beteiligten Fraktionen Gelegenheit gegeben werden mußte, ihre zurückhängen im Lande bestehenden Parteiorganisationen zu lösen.

Die deutschen Truppen im Baltikum.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 3. Okt. Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den noch im Baltikum stehenden Truppenverbänden angehören, einen Aufschreiben, in dem es u. a. heißt:
Soldaten! Ihr habt die letzte Note der Entente wegen der Räumung des Baltikums gelesen. Dadurch wird dem deutschen Volk mit erneuter Wucht, mit der Sperrung aller Kredite und mit der Verweigerung der Rohstoffzufuhr gedroht. Militärische Schritte der Entente drängen zu erneutem Vormarsch. Führende französische Mächte verlangen die Inbesitznahme des Baltikums. Die baltischen Freiwilligenverbände des fremden Land nicht verlassen will, obwohl durch diesen verbrecherischen Eigeninn die Gefahr besteht, daß die mühsam herbeigeführte Hungersnot jetzt doch noch ausbricht. Am 20. Oktober beginnt der militärische Vormarsch, am 1. November erfolgt die neue Verhandlung der Wladawa.
Die Reichsregierung meidet sich an das Gewissen und an das landsmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Baltikum. Sie hat nie verkannt, sich anwerben lassen, die nicht gehalten werden sind. Aber jetzt steht unendlich viel Höheres auf dem Spiele, eine VolksHungersnot, wenn die deutschen Truppen nicht aus dem Baltikum abziehen. Es machen will, der füge sich dieser erneuten Notwendigkeit. Die Regierung kann und darf keinen Zweifel darüber lassen, daß sie jedes ihr zu Gebote stehende Mittel anwenden wird, um die Räumung des Baltikums zu erzwingen. Aber dieser Appell wird genügen, um den deutschen Soldaten zu zeigen, daß es jetzt nicht mehr um die Interessen des Einzelnen geht, sondern um die des ganzen Volkes. Folgt dem Befehl zur Heimkehr.

Amnenmärchen.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 3. Okt. (Wolff.) Die „Freiheit“ setzt in ihrer Abendausgabe vom 3. Oktober ihre hinfälligen belamtenen Verleumdungen fort, die Reichsregierung im Ausland zu diskreditieren. Sie schreibt, daß Herr Koch geäußert haben soll, er wünsche nicht, daß die noch im Baltikum noch befindlichen deutschen Truppen samt und sonders in die russische Armee übertritten, da er ihrer sonst nicht mehr Herr werde. Daneben bringt sie ein Schauermärchen über die Bewaffnung der Einwohnerwehr als außerordentliches Organ der gegenrevolutionären Bestrebungen. Demgegenüber wird von berufener Seite festgesetzt:
1. Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Baltikum erlassen, daß ein Uebertritt der deutschen Soldaten zu den Russen streng verboten ist, und daß die anreist bei den russischen Truppen befindlichen Reichsdeutschen nach Deutschland zurückzuführen haben.
2. Die Einwohnerwehren, die teils als Polizeibehörden dienen, sind nur soweit bewaffnet, als es ihr Polizeidienst erfordert. Die Bewaffnung, all unsere Waffenbestände seien auf die Einwohnerwehren verteilt, ist eine ebenso haltlose wie durchsichtige Verleumdung.

Kein Uebergehen sächsischer Truppen zu den Russen.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.)
Dresden, 3. Okt. Nach Berliner Meldungen sollte ein ganzes sächsisches Reservekorps geschlossen zu den Russen übergegangen sein. Das ist falsch. Es stehen an der russischen Grenze, und zwar unter preussischem Kommando, noch ein Bataillon, eine Eskadron und eine Pionierabteilung, die nicht zu den Russen übergegangen sind.

Letzliche Offensivabsichten.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Bern, 3. Okt. Französische Blätter lassen sich aus Witau melden, daß die letzte Reichsregierung eine Offensive gegen die antiliberalen deutsch-russischen Truppen in Kurland beabsichtigt. 1½ Letzliche und 2, einjährige Divisionen kämen in Betracht.

Der deutsch-polnische Vertrag.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 3. Okt. (Wolff.) Der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehende deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit geht in seiner Einleitung aus dem Gedanken aus, daß die Parteien den Wunsch haben, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen aus Anlaß des Friedensvertrages im Geiste der Verständigung und des wechselseitigen Entgegenkommens zu führen.
Der Inhalt des Vertrages zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil, Art. 2-5, betrifft die Freigabe aller aus Anlaß der politischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangenen genommenen Internierten und als Geiseln oder Schutzlinge festgenommenen Personen, wobei sich Polen verpflichtet, alle von ihm etwa noch festgehaltenen deutschen Heeresangehörigen oder ehemaligen deutschen Heeresangehörigen zu entlassen. Die Vollstreckung der disziplinarisch verhängten Strafen gegen solche Personen wird ausgesetzt. Weiter wird ihnen die Mitnahme der in ihrem Besitz befindlichen oder ihnen abgenommenen Gegenstände gestattet.
Die eigentliche Annahme rasen Art. 6 bis 11. Jeder vertragsrückwirkende Teil gewährt volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der politischen Bewegung in den Abrechnungs- und Abrechnungsarbeiten beanagten, gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung ausüben des anderen Teiles zurückzuführen sind. Hierunter fallen außer den Soldaten, die sich als Sold- oder Landesverrat barstellten, insbesondere auch die Ausübung einer Umstülpung, die Teilnahme an der Volksbewegung sowie die Weisung an Oris- und Bürgerwehren.
Volle Straffreiheit wird weiter gewährt für alle mit der politischen Bewegung im Zusammenhang stehenden, vor dem Inkrafttreten des Vertrages begangenen Handlungen gegen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Diese Straffreiheit bedingt den Erlaß aller verhängten Strafen, Einstellung anhängiger Verfahren, sowie die Räumung neuer Verfahren. Die Straffreiheit hat auch die unmittelbare Folge, daß Beschuldigte Gegenstände, Funktionen und ähnliche Leistungen, aus soweit sie schon verfallen sind, den Berechtigten zurückkehrt werden.
Weitere Bestimmungen regeln die Rückkehr der Internierten an ihren bisherigen Wohnort und die Behandlung, die ihnen dort durch die Behörde gewährleistet wird. Schließlich sieht der Vertrag zum Vollzug des Vertrages die Aufstellung gemischter Kommissionen und eines neutral geleiteten Schiedsgerichtes vor. Der Vertrag ist von einem Notenswechsel begleitet, in dem beide Teile sich dahin aussprechen, daß die Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen, die keine gefestigten Kriegsgefangenen zu gute kommt. Ferner ist polnische Seite zugesichert worden, Verhandlungen anzubahnen zur Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen. Deutsche Vertreter in Polen und an anderen noch zu vereinbarenden Orten jenseits der Demarkationslinie sollen für die Wahrnehmung der Interessen der deutschen

Reichsangehörigen zugelassen werden. Freies Geleit und ungehinderter Verkehr mit den deutschen Behörden wird diesen Vertretern zugesichert. Endlich wird deutscherseits den Vertretern des polnischen Notens Kreuzes die ungehinderte Ausübung charakteristischer Tätigkeit zugesichert.

h. Berlin, 3. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Breslau haben polnische Warden wiederum deutsche Polen an der deutsch-polnischen Grenze angegriffen.

Amsterdam, 3. Okt. (Wolff.) (Eig. Drahtbericht.) Laut „Telegraaf“ melden die „Times“ aus Versailles, daß in Polen eine bolschewistische Krisis bestünde. Anreizen machten überall für eine Revolution Probaanda.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)
W. Berlin, 3. Okt.
Am Regierungstisch die Minister Erzberger, Dr. Bell.
Eröffnung der Sitzung 120 Uhr nachmittags.
Zur Interpellation des Abg. Dr. Heinke (D. B.) und Gen. über
Zahlung der Einfuhrzölle in Gold
Reichsminister Erzberger, daß Verhandlungen mit den Alliierten schweben, die in Kürze wieder aufgenommen würden. Vorher könne er keine Erklärungen abgeben.
Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Gebührentarifs über das
Arbeitsentgelt der Empfänger von Militärversorgungsgeldern.
Abg. Künen (L. S.): Der Dank des Vaterlandes für die Kriegesbediensteten sei nicht weit her. Auch für die Zivilinvalidentarifs, besonders die Knappschicksrentner müsse geschehen.
Der Gebührentarif geht an den sozialen Ausschuss. Es folgt die Interpellation Wachhorst de Wente wegen Bewilligung weiterer Mittel zur Errichtung von Kleinwohnungen.
Abg. Wachhorst de Wente (Dem.) begründet die Interpellation, die besonders auch Kleinwohnungen auf dem platten Lande unter Bereitstellung von Reichsmitteln fordert, ebenso Mittel zur Errichtung von Wohnungen im besetzten Gebiete, in den Großstädten und den Industriestädten, evtl. von Vororten.
Reichsminister Schlichte: Die Regierung fordert 150 Mill. Mk. über den bereits bewilligten Betrag von 500 Millionen hinaus. Die 150 Millionen reichen aber nicht aus. Aus Preußen, Baden und Hessen liegen zahlreiche weitere Anträge auf Unterstützung vor, die berücksichtigt sind. Es wird jetzt untersucht, wie auf anderem Wege geholfen werden kann. Es sind Schritte getan, um die praktische Durchführbarkeit der Rekonstruktion zu prüfen.
Abg. Wölger (Soz.): Der Privatmann kann heute überhaupt nicht mehr bauen, sondern nur große Verbände, Gemeinden, Siedelungsgesellschaften. Aber auch diesen fehlen der Zement und die Ziegel. Darum muß man zum Solobau übergehen.
Abg. Schirmer (Agr.): Die Kleinwohnungsfrage ist in erster Linie eine Arbeitsfrage. Solange gestreift wird, kommen wir nicht aus dem Wohnungschaos heraus.
Abg. Dr. Mumm (D. B.) tritt für Förderung der Landbesiedelungsgesellschaften ein.
Unterschiedssekretär Scheidt: Der Geschäftsgang in der Frage der Bewilligung von Zuschüssen bei Verzögerung erlitten, nicht aus bürokratischen Rücksichten, sondern wegen Mangel an Mitteln. Insbesondere hat der preussische Finanzminister Bedenken, die inzwischen erhoben sind. Es wird alles gefehlt, was menschlich möglich ist, um das deutsche Wohnungswehen zu fördern und die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. In Preußen ist eine neue Beauftragung geschaffen worden, die den Befehl der Sachverständigen findet. Die Mittelstellen müssen ausgeschaltet werden. Die Flachbauten mit Garten müssen gefördert werden. Sehr erwünscht wäre ein ständiger Wohnungsausschuss bei der Nationalversammlung.

Abg. Heule (L. S.): Es fehlt die Sozialisierung des Wohnungswehens. Die Arbeiter würden von dem Grundbesitz ausgebeutet. Ungeheure Summen seien vergeudet worden.

Abg. Dertel (D. B.) weist auf die sittliche Verwahrlosung hin, die mit der Wohnungsnot und mangelhafter Wohnungsverhältnisse immer verknüpft ist. Schon aus diesem Grunde sei die Kleinwohnungsfrage u. angelegentlich wichtig.
Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr.
Nachtragsrat und Ausschussbericht.
Schluß nach 5 Uhr.

Der wissende Scheidemann.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Berlin, 3. Okt.
Die Interpellation Rieker über die Gründe, die Scheidemann zu seiner schiefer Rede über seine Verweigerung der Friedensunterzeichnung bestimmt haben, dürfte noch eine große Rolle in der weiteren politischen Diskussion spielen. Bekanntlich hat Scheidemann in Basel angedeutet, daß ihm aus dem Auslande Tatsachen bekannt gewesen seien, aus denen zu schließen war, daß Deutschland, wenn es einige Wochen oder Monate länger durchgehalten hätte, günstigere Friedensbedingungen hätte erzielen können.
Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hat bekanntlich in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung ausweichend geantwortet und nähere Erklärungen im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten verweigert. Man muß leider erwarten, daß diese Frage, nachdem sie von Scheidemann in Basel angeklungen worden ist, bei dem Reichstagsparlament eine große Rolle spielen wird. Im ersten Augenblick wurde heute die Bedeutung der Interpellation in dem schwach besetzten Hause gar nicht erkannt, um später in den Wandelgängen lebhaft erörtert zu werden.

Günstige Aussicht für Deutschland in Brasilien.

Dem Deutsch-Brasilianischen Handelsverband wird aus Rio de Janeiro folgendes mitgeteilt:
Die Aussichten für den deutschen Handel in Brasilien sind recht gute. Der deutsche Name hat in Brasilien nicht gelitten. Und der deutsche Handel wird auch bald wieder seine alte Bedeutung zurückerobern haben, da ihm hier keine Hindernisse im Wege sein werden, weder von Seiten des offiziellen Brasilien, noch von Seiten der brasilianischen Kaufmannschaft, auch nicht von den in Brasilien anfangenden Kaufleuten portugiesischer und selbst italienischer Nationalität.

Die entgegenkommende Haltung der brasilianischen Geschäftswelt ist für die deutsche Industrie um so wichtiger, als Brasilien während des Krieges wirtschaftlich sehr erstarbt ist. Ein in Europa weitläufiger Brasilianer gibt über die Wirtschaftslage seines Landes folgende Darstellung: Brasilien hat, während die Welt in Flammen stand, sich aus einem wirtschaftlich recht einseitig orientierten Lande zu einer vielseitigkeit entwickelt und eine Bedeutung erlangt, die es unter normalen Umständen wohl erst in Jahrzehnten zu gewinnen hoffen dürfte. Seine seit mehr als hundert Jahren zwar langsame, aber außerordentlich stetige Entwicklung hat ganz plötzlich einen Stoß nach vorwärts bekommen. Angefichts dieser Tatsache ist die brasilianische Regierung bemüht, den Wirtschaftskörper auf eine feste Grundlage zu stellen. Nach außen sucht man dieses Ziel durch eine von allen Leidenschaften freie Geschäftsführung zu erreichen. Als Beweis diene, daß die Konzession der brasilianischen Bank für Deutschland auf zehn Jahre verlängert wurde. Der Handelsverkehr mit Deutschland ist freigegeben. Es haben keine Konfiskationen deutscher Privateigentums stattgefunden. Briefe in deutscher Sprache sind zulässig. Die Entschädigung des brasilianischen Handels ist außerordentlich groß. Ein starker Geschäftsgang bei guten Preisen und flüssigen Geldmitteln hat die Kreditwürdigkeit und Kaufkraft des Landes in weitgehendem Maße gestärkt. In Anbetracht des beschränkten Importes während der Kriegszeit kann man auf starke Nachfrage nach vielen Industrie-Erzeugnissen rechnen.

Will Brasilien seine günstige Stellung bewahren und auf dem betretenen Weg der wirtschaftlichen Expansion fortfahren, so muß es die Besiedlungsfrage lösen. Voraussichtlich wird man die Einwanderung deutscher ländlicher Arbeiter und Handwerker gern sehen, jedoch die Ansiedelung in geschlossenen Gebieten zu verhüten suchen. Brasilien wird durch eine Kolonisation die Abwanderung riesiger Kapitalien verhindern. Der Kolonist ist nicht nur Erzeuger, sondern auch Verbraucher, und zwar in einem von Jahr zu Jahr steigenden Maße.

Von dem Vertreter einer großen deutschen Exportfirma, der nach längerem Aufenthalt in Europa demnächst wieder nach Brasilien ansteuert, erhält der Deutsch-Brasilianische Handelsverband folgende Darstellung:
Bei der Prüfung der mutmaßlichen Aussichten der künftigen deutschen Ausfuhr nach Brasilien darf die durch den Krieg veranlaßte Entwertung der brasilianischen Industrie nicht unterschätzt werden. Die Fortschritte der brasilianischen Textilindustrie z. B. sind derart, daß eine Einfuhr voraussichtlich nur noch in besonders feinen Geweben, Bändern und Spitzen möglich sein wird; der Bedarf an Stapelwaren wird wohl ausschließlich von der heimischen Industrie gedeckt werden. — Aber auch die Eisenindustrie Brasiliens hat nicht unwesentliche Fortschritte gemacht. In allen diesen Artikeln wird die Einfuhr künftighin jedenfalls sehr erschwert sein. — Landwirtschaftliche und andere Maschinen wird Brasilien nach wie vor aus dem Auslande beziehen müssen. Ist Deutschland in der Lage, sie zu liefern, so wird der Brasilianer vorurteilslos von ihm kaufen. Die Gefahr, die den deutschen Handelsfirmen in Brasilien droht, wird vielfach überschätzt. Bisher sind die Verträge der Amerikaner, den deutschen Handel in landwirtschaftlichen Maschinen auszuschalten, infolge der Unfähigkeit der nordamerikanischen Vertreter schiefgeschlagen. Diese bereiten das Land, ohne die Sprache und Eigenart der Käufer zu kennen; die Folge davon war, daß die Aufträge ausblieben.

Die deutsche Republik.

Die Betriebsräte.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 3. Okt. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung wurde ein von den Mehrheitsparteien vereinbarter Antrag einstimmig angenommen, wonach dem Art. 1 des Betriebsrätegesetzes folgende Bestimmungen angefügt werden:
a) Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) eines Betriebes den Arbeitgebern gegenüber und

zur Unterfertigung des Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebspflichten sind in allen Betrieben, die insgesamt mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.

b) Wer in solchen Betrieben mindestens 5 Arbeiter und 5 Angestellte beschäftigt und einigt sich die Mehrheit beider Gruppen nicht auf einen gemeinsamen Obmann, so sollen die Arbeiter und Angestellten je einen Betriebsobmann wählen.

Beschlossen wurde ferner, einen Betriebsobmann in gewerblichen Betrieben von 5 Arbeitern einzuführen. Ein Zentrumsantrag, wonach in landwirtschaftlichen Betrieben der Betriebsobmann erst bei 10 Beschäftigten zu wählen ist, wurde mit 14 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden also den gewerblichen Betrieben gleichgestellt.

Ein weiterer Antrag der Mehrheitsparteien, der die Aufstellung und Bildung von eigenen Gruppen von Angestellten und Arbeitern zur Wahrung ihrer speziellen Interessen fordert, wurde angenommen.

Die Befehung des auswärtigen Dienstes.

Die Befehung der diplomatischen und handelspolitischen Stellen des auswärtigen Dienstes ist abhänig von der Ratifizierung des Friedensvertrages. Es werden etwa 60 wichtigere Stellen zu besetzen sein. Hierfür sind bereits Vorbereitungen getroffen; die Liste der zu Besetzenden und Geanderten ist in Aussicht genommen. Persönlichkeiten, die zu diesen Stellen für sich, wie bei den höheren Stellen des Staatsdienstes, ein hohes Ansehen genießen. Auch nach diplomatischem Brauch bei jeder Stelle erst die Erläuterung der betriebligen Karriere abzuwarten sein wird, ob die in Aussicht genommene Persönlichkeit „geeignet“ ist oder nicht.

Kautsky und die deutschen Dokumente.

Von linksstabiler Seite wird die Regierung scharf angegriffen. weil sie Karl Kautsky, der nach Ausbruch der Revolution im Auswärtigen Amt die Dokumente aus der Zeit vor dem Krieg sichten, nicht wieder zur bevorstehenden Drucklegung dieser Mitteilungen heranziehen hat. Bekanntlich ist die Redaktion der Dokumente dem Grafen von Montelas, Professor Schüling und Professor Weber übertragen worden. Auf die Vorstellungen des Kautsky, „und Neues Vaterland“ hin wird nun Karl Kautsky doch noch an der Herausgabe der Dokumente beteiligt sein. Seine Mitwirkung geschieht in der Form, daß ihm die Korrekturen des Druckverfasses unterbreitet werden, so daß er vor der Veröffentlichung Gelegenheit hat, seinen Einspruch geltend zu machen.

Die Neubildung des schaffischen Kabinetts.

Als Vorläufer der Beratungen zwischen den Vertretern der sozialdemokratischen und demokratischen Volkskammerfraktionen über den Eintritt der Minister der demokratischen Partei in die schaffische Regierung ist eine Verhandlung hierüber herbeigeführt worden, daß die Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie vom Abgeordneten Dr. Gradnauer in der Volkskammer dargelegt worden sind, voll in Geltung bleiben und auch von den in die Regierung eintretenden Demokraten im wesentlichen anerkannt werden. Die demokratische Fraktion übernimmt das Kultusministerium und das Finanzministerium. Einem Vizepräsident der demokratischen Fraktion entsprechende wird der Ministerpräsident den Abgeordneten Witzke in das Finanzministerium und das Minister der Nationalversammlung für Kultus und Unterricht beauftragt. Die beiden neuen Minister sind Mitglieder der deutschen Nationalversammlung.

Inkrafttreten der neuen Tabaksteuer.

Das neue Tabaksteuergesetz, das den Rauchgenuss mit weit höheren Abgaben belegen, als er bisher zu tragen hatte, wird wahrscheinlich am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Insofern es erstmalig bis dahin die neuen Steuerzeichen fertigzustellen. Die an dem Gesetz notwendigen Ausführungsbestimmungen sind im Laufe des November zu erwarten.

Anstellung von Arbeiterkontrolloren beim Gewerbeaufsichtsamt.

In Erfüllung eines von Landtag und von den Arbeitnennungsorganisationen ausgearbeiteten Wunsches wurden vom Arbeitsministerium folgende drei aus dem Arbeiterland herausgehende Herren zur Gewerbeaufsicht ernannt: Hermann Küll in Aachen (aus dem Kreise der Bauarbeiter), Ferdinand Kautsky in Karlsruhe (aus dem Kreise der Metallarbeiter) und Borislaw der freien Gewerkschaften), Anton Kappes in St. Truidert (aus dem Kreise der Goldarbeiter). Die beiden Ernannten sind in ihrem neuen Wirkungskreis bereits tätig, während der Letzte am 1. November antreten kann.

Der russische Terminus.

Kürzlich gingen Gerüchte um, die auch vom Wolffbüro verbreitet wurden und die behaupten, daß der russische Sowjetdiktator Lenin akzeptiert sei. Die Gerüchte waren falsch. Nichts aber ist, daß Lenin fortwährend nach allen Richtungen Frieden anbietet. Die Behauptungen, die jetzt das Pressebüro Radio zu nennen wagt, sind fast dieselben, die der amerikanische Botschafter von seiner geheimnisvollen Aufnahmefahrt nach Moskau mitbrachte, und die auf einen Brief Lord Goroos von Wilson zurückzuführen wurden. Bei dieser Gelegenheit muß auch die Frage aufgeworfen werden: Warum vertritt die deutsche Regierung alle Forderungen Lenins? Aus Furcht vor der Entente? Lenin ist ja so nah geworden. Er tritt immer wieder mit, daß die russische Regierung in ein friedliches Verhältnis mit dem deutschen Volke zu treten wünsche und daß ihr jetzt jede bolschewistische Propaganda fern liege. Darf das deutsche Volk dies nicht wissen? Und warum nicht? Wollen die makabren Stellen unsere deutsche Öffentlichkeit im Innern vorbereiten hat und der sich höchst wahrscheinlich noch vor Einbruch des Winters vollzieht?

Stochholmer Meldungen von russischen Gewährsmännern über die Lage in Petersburg und Moskau lassen darauf schließen, daß der Abbruch des Bolschewismus wirklich vor der Tür steht. Nicht nur der weiche, kombromissende Lenin, sondern auch der harte Trotzki sieht nachgerade ein, daß sie ihre Herrschaft nicht länger auf dem Trümmerfeld der russischen Industrie aufrecht erhalten können. In den Betrieben der größeren Städte herrscht eine geradezu gänzlich wirkliche. Auch dort, wo die Anarchie geblieben waren, sind die Gewaltvollständigen in die Hände des Redaktionskomitees und der von ihnen eingesetzten Kommissionen über, zum Teil Leuten, denen das Schreiben ihres eigenen Namens entschieden Schwierigkeiten bereitet. Keiner hört auf den an-

bern, jeder Betrieb arbeitet lustig drauf los, ohne sich um die Bedürfnisse des andern zu kümmern. In den größeren Fabriken handelt es sich hauptsächlich um ausgeübte Arbeiter, denen es ganz einerlei ist, was mit dem Werke geschieht, deren einziges Interesse darin liegt, einen möglichst hohen Lohn möglichst pünktlich ausbezahlt zu erhalten. In diesen Orten ist die Arbeitsleistung gleich Null. In Werken und Kontoren zeigen sich Arbeiter und Angestellte nur, um Versammlungen abzuhalten, in denen andauernd neue Kommissionen und Redaktionskomitees gewählt werden und über neue Lohnhöhen beraten wird.

Und so haben wir heute folgendes Bild: Die großen Städte sind entvölkert, die Industrie mehr oder weniger lahmgelegt, das Proletariat quantitativ und qualitativ beeinträchtigt. Die katastrophale Desorganisation der gesamten Transportmittel hat fast jeden Warentransport zwischen Stadt und Land unmöglich gemacht, ganz abgesehen davon, daß die städtische Industrie dem Lande nichts bieten kann. Nur auf diese Weise läßt sich die sonst ganz unerklärliche Auswanderung der Städte in dem gesamten Ausland erklären. Die bolschewistische Regierung weiß davon entfernt, diesen katastrophalen Niedergang der materiellen Kultur aufzuhalten, hat sie durch ihre letztinstanzlichen Experimente nur befestigt. Gegenwärtig sind die bolschewistischen Nachbarn kaum mehr die Schiebenden, sondern mehr die Geschobenen, da ihre urkräftigen und absolut notwendigen soziale Basis — das industrielle Proletariat — sich immer mehr rein quantitativ vermindert. Ganz abgesehen von der starken bolschewistischen Opposition, die sich in diesen Kreisen täglich stärker zeigt, verdrängt die Sowjetregierung, Verbindung mit den mittleren Schichten des Bauerntums anzuknüpfen. Sie will eine Bauernregierung werden. Daher die Trennung Kautsky, eines Arbeiters mit guten Verbindungen auf dem Lande, zum Präsidenten der Zentralregierung des Sowjets. Daher auch der Versuch, die neoweltliche Reorganisation des Sowjetes, Anknüpfung der Sowjetregierung, die Arbeiter in das Reich der industriellen Welt einzuweisen. Arbeitslohn und Lohnlohn sind ausser Acht gelassen, die beiden offiziell anerkannten Grundbesitzer der sozialistischen Sowjetrepublik. Alles zu dem Zweck, durch Neuorganisation der Industrie und des Transportes den Bauern billige Ware zu verschaffen. Kurz und gut: die bolschewistische Gesellschaftsordnung macht unmöglich, aber um so sicherer, in diesen „kommunistischen“ Staat einzutreten.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Rußland demnächst eine Ära der reaktionären Militärdiktatur erleben wird. Und es ist ganz wahrscheinlich, ob diese Diktatur ein Denken oder Politik über einer der jehinen Befehlshaber der roten Armee ausüben wird. Der russische Terminus rückt heran. Lenin sieht das vollständig klar, und um dem Schicksal der Bundesrepublik zu entgehen, sucht er einen Frieden, der ihm freien Abzug in ein fernes neutrales Land — man spricht von Argentinien — sichert.

Auswärtige Staaten.

Das reichste Deutsch-Österreich.

Wien, 3. Okt. (Wiener Corr.-Büro.) In der Stadteroberungsfeierlichkeiten der Bürgermeister Bericht über die Verjüngung Wiens mit Lebensmitteln. Für die nächste Woche seien an Weizen noch 400 Wogen. In der übernächsten Woche werde die Bevölkerung schwerlich mit Brot und Mehl versorgt werden können. Dazu komme in Wien eine sehr große Futtermittelnot. Getreidemangel, Salz und Linsol haben nur noch einen Vorrat für einige Tage. Alle Schritte bei der Entente waren erfolglos. Die Amerikaner haben ein Anleihen abgelehnt, da Österreichs Kredite erschöpft sind.

Belgische Hoffnungen.

Brüssel, 2. Okt. (Kammer.) Bei der zweiten Beratung des Budgets erklärte der Ministerpräsident, wenn auch das Defizit auch sehr groß sei, so sei die Lage doch nicht alarmierend. Belaien werde vor Ablauf des nächsten Jahres einen gewissen Teil der Summe von 2 1/2 Milliarden erhalten, die Deutschland vor dem 1. August 1921 an Belaien zu zahlen verpflichtet sei. Außerdem sei auch auf Zurückführung der Kosten für die Weidungsarmee zu rechnen. Die Lage sei sicher ernst und gefährlich, aber man könne hoffen, die von Deutschland angeforderten Geldsummen verfügbar zu machen und mit ihnen die belgische Industrie wieder zu beleben.

Ungarn.

Paris, 3. Okt. (Sab.) Der Sozialistenführer Garami teilt dem Vudabekter Korrespondenten des „Matin“ mit, daß er an Clemenceau einen Bericht gerichtet habe, in dem er die Entsendung von Polizei in ungarischen unter französischem, englischen oder amerikanischem Kommando nach Ungarn nachdrücklich ablehnt. Gleichzeitlich habe er an Renaudel und Bonquet geschrieben, die möchten gegen diese Maßnahme keine Doppeltung machen.

Budapest, 3. Okt. (Wolff.) Finanzminister Baron Kormay erklärte nach dem Vektor Lobb, außer dem bisherigen Vorkurs von 80 Millionen Kronen stellen die Vudabekter Geldmittel dem Staat 420 Millionen Kronen an. Schlußwandel auf 53 Prozent Rinsen zur Verfügung, wodurch der Geldbedarf des Staates vollständig gedeckt sei.

Budapest, 3. Okt. (Wolff.) Nach einer Meldung des ungarischen Corr.-Bureaus hat die Partei des ungarischen Nationalismus an das Volk Ungarns anlässlich der Vorbereitungen der Wahlen für die Nationalversammlung einen Aufruf erlassen und fordert die Wähler zum Eintritt in die sozialistische Partei auf.

Die baltischen Staaten.

Gefinnafors, 3. Okt. (Na. Sab.) Aus Reval wird telegraphiert, daß die Konferenzen von Dorpat die Einheit der baltischen Staaten hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion voll und ganz bewirkt hat.

Der amerikanische Botschafter in Belgien.

Sana, 3. Okt. (Wolff.) Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß Bill Hod zum amerikanischen Botschafter in Belaien ernannt wurde.

Der Versailles Vertrag durch die französische Kammer ratifiziert.

Paris, 3. Okt. (Wolff.) Die Kammer hat die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles mit 372 gegen 53 Stimmen angenommen.

Paris, 3. Okt. (Sab.) Die 53 Deputierten, die gegen den Friedensvertrag gestimmt haben, umfassen 49 Sozialisten und 4 Mitglieder verschiedener Gruppen, nämlich Francis Bouillon und Verasol, radikal, Sozialisten, Lucien Dumont, unabhängige, Sozialist, und Marin, Sozialist. 49 Deputierte haben sich der Stimmabgabe enthalten, darunter 33 Sozialisten, 20 Deputierte waren wegen Verurlungung abwesend.

Paris, 3. Okt. (Sab.) Nach dem „Reit Journal“ hat Hr. b. Kersner heute früh das Hotel de Rebevoise verlassen, um sich nach Paris in die deutsche Botschaft zu begeben.

Das französisch-englisch-amerikanische Militärabkommen.

Paris, 3. Okt. (Wolff.) Die Kammer hat gestern die Vorlage betreffend die Ratifizierung des Militärabkommens zwischen Frankreich, England und Amerika mit 501 Stimmen einstimmig angenommen.

Der Verkehrsstreik in England.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 3. Okt. (Reuter.) Amlich wird bekannt gegeben, daß die Konferenz zwischen dem Premierminister und den Eisenbahnern auf heute vertagt worden ist. Nach der Konferenz erklärte Thomas, in einer Unterredung, jetzt, wo beide Parteien zusammenkommen seien, sei es Pflicht, die Verhandlungen nicht abbrechen zu lassen, bis eine Einigung erzielt sei.

London, 3. Okt. (Europa Press.) Nach einer Mitteilung der Regierung befreit sich die Lage des Verkehrs weiter. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt zu, und die Klüften- und Flüssigkeitsfahrt wird in erhöhtem Maße als Ersatz des Automobilverkehrs herangezogen. Aufschluß über die Möglichkeit einer Beendigung des Streiks ergibt ein Schriftwechsel zwischen der Eisenbahngesellschaft und Lloyd George. Die Zentralregierung erklärte, daß die Eisenbahner zur Arbeit zurückkehren werden, falls die Löhne nicht vor Ende März herabgesetzt werden, worauf Lloyd George erwiderte, diese Zurücksetzung könne den Arbeitern gegeben werden, da sie ja bereits in dem Anerbieten der Regierung an das Tarifkomitee enthalten gewesen sei. Von den Besprechungen vom Mittwoch, die schließlich am Donnerstag vertagt wurden, wurde keine amtliche Mitteilung gemacht. Lloyd George soll erklärt haben, daß er zu Besprechungen bereit sei, daß aber erst die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse.

Verailles, 3. Okt. (Wolff.) Nach Meldungen aus London ist infolge des Eisenbahnstreiks in England der für den 14. Oktober vorgesehene Besuch des Präsidenten Poincaré in London aufgeschoben worden.

Amsterdam, 3. Okt. (Wolff.) Laut „Telegraaf“ melden die „Times“, daß die britische Regierung im Hinblick auf den zunehmenden Ernst der Winterkohlenfrage 100 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Amerika kaufen werde, um auf diesem Wege die Depots in den Häfen mit der notwendigen Kohle vorzulagern zu können.

Mitglieder und Homerus.

London, 3. Okt. (Europa Press.) Die Unionisten von Nordulster besichtigen nochmals ihren Entschluß die Somerville nicht zu verlassen. Der Herron von Abercorn sprach in einer früheren öffentlichen Versammlung und sagte, die Unionisten müßten auf der Hut sein vor dem Versuch, ihre Freiheit einzuführen. Es sei die Pflicht der Unionisten, ihre Augen offen zu halten gegen den Versuch, irgend eine Form von Homerus einzuführen. Die Mitglieder werden nie einwilligen, dem Parlament von Dublin unterstellt zu werden.

Wilson's Entzänfung.

Wien, 3. Okt. (Wolff.) Die „Sologno-Post“ meldet, daß die Kränklichkeit des Präsidenten Wilson erster sei, als man angenommen habe, und wenn auch eine kleine Besserung im letzten Monat gemeldet werde, so sei es doch möglich, daß er sich von den Geisteskräften vollständig zurückziehen müsse.

Amsterdam, 3. Okt. Eine Neutermedung besagt, daß in Dabolen tretende Arbeiter einen Streik in den Eisenbahnen, der von Arbeitern der Gasfabrik geführt wurde, angeht. Es wurde dabei geschossen und 10 Personen wurden verwundet, darunter mehrere schwer.

Der beleidigte Wilson.

E. P. Mailand, 3. Okt. Der „Avanti“ behauptet, die wahren Gründe für die Saluna des Präsidenten Wilson gegenüber Italien zu kennen. Die bolschewistische Regierung soll unter den diplomatischen Missionen einen Briefwechsel zwischen Sazonoff und Sonnino gefunden haben, der Vorwürfe gegen Wilson enthält und in dem Wilson belebenden Töne gehalten waren. Wilson soll, als er davon Kenntnis erhielt, ein tiefes Mißtrauen gegenüber der italienischen Politik gefaßt haben.

Die deutsche Konkurrenz in Schweden.

h. Berlin, 3. Okt. Nach Berliner Zeitungsberichten aus Kopenhagen verlangen schwedische industrielle Kreise Schutzmaßnahmen gegen die Einfuhr billiger deutscher Warenartikeln.

Der Reichspräsident auf der Frankfurter Messe.

Frankfurt a. M., 3. Okt. (Wolff.) Präsident Ebert ist hier zur Besichtigung der ersten internationalen Einfuhrmesse eingetroffen. Er besaß sich direkt vom Bahnhof zur Messehalle, wo er von Stadtrat Landmann mit einer Anrede begrüßt wurde. Auf die Anfrage des Stadtrats Landmann antwortete der Präsident mit einer Anrede. Nach eingehender Besichtigung der Messeausstellungen und der Schauenden nahm der Präsident an einem Festessen teil, bei dem Oberbürgermeister Boigt den Willkommengruß darbrachte. Der Präsident antwortete darauf in längerer Rede.

Badische Politik.

Mandatsniederlegung des Abg. Engelhard.

Der deutschdemokratische Abgeordnete Emil Engelhard in Mannheim, Präsident der Mannheimer Handelskammer, hat sein Mandat zur Deutschen Nationalversammlung niedergelegt. Er beantragt die Entziehung seiner Mitgliedschaft, sein Verbleiben in Mannheim und seine Wünsche als Stadtrat aufrecht zu erhalten. In der Sitzung der Fraktion, Herrn Schäffer, hielt er dann weiter: „Ich bedauere es auf das Lebhafteste, aus diesen Gründen gewonnen zu sein, vorzeitig aus der Nationalversammlung auszuscheiden, und damit auch aus der demokratischen Fraktion, in der ich mich wohl fühlen und durch deren Vertrauen ich Mitglied an der Reichstagsversammlung war. In denen mitwirken mir vom höchsten Interesse gewesen wäre. Wenn ich nun ausscheiden muß, so tue ich es mit der tiefsten Ueberzeugung, mit der ich in das Parlament eintrat, mit der Ueberzeugung, daß nur durch eine Verständigung, die Bedürfnisse aller Stände und Schichten gleich wohlwollend berücksichtigende demokratische Politik unter arms, immer erweitertes Vaterland dem späteren Wiedererwachen ausführt werden kann, und daß deshalb jedem demokratischen Gefährten von links und rechts mit Entschiedenheit entgegenzutreten werden muß.“

An die Stelle des Herrn Engelhard rückt der Landwirt Gottfried Leifer in Sindelsheim.

Aus der Tagespresse.

Das städtische Organ in Freiburg i. Br., das „Freiburger Tageblatt“, ist in den Verlag der Freiburger Druck- und Verlagsanstalt Dr. M. Wuth und S. R. übergegangen. Die Leitung des Blattes wurde dem Schriftsteller Dr. Hans Georg Wegener, früher Dozent und Gerichtsrat, übertragen und als Vertreter der Stadt wurde Verlagsdirektor Dr. Dufner bestimmt. Der Verlag erklärt, daß die Zeitung ihren unparteiischen Charakter beibehalten wird.

Das Zentrumsorgan „Triberger Boten“ in Triberg hätte gestern auf sein 50jähriges Bestehen zurück.

Der Freiburger Arbeiter-Rat.

beschloß, sich nicht aufzulösen, obgleich die Regierung keine Abkommen für die Arbeiter ab 1. Oktober mehr leitete. Die unbedingten Mitglieder des Arbeiterrats werden ihre Ämter solange weiterführen, bis die Betriebsräte allorts ausgebildet sind.

Wahlen zur Gung-Generalsynode.

Bei der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Provinzialleiters Herrn Stefan Kay in Karlsruhe vorgeschickten Ermittlung des Wahlereignisses für den 3. Wahlkreis wurde folgende Stimmabgabe festgestellt:

Table with 2 columns: Party and Votes. Positive: 8893 mit 6 Stimm. Landesfischlich: 1296 mit 1 Stimm. Liberal: 3976 mit 3 Stimm.

Da nach der Wahlordnung für die kirchlichen Wahlen in Abweichung von den Bestimmungen für die politischen Wahlen, der Wähler die Möglichkeit hat, Stimmabgaben auf dem Stimmzettel vorzunehmen oder bis zu 3 der vorgeschickten Voraussetzungen auszuführen, und von diesem Recht auch Gebrauch gemacht wurde, sind sowohl von dem Vorstand der Positiven wie der Liberalen nicht die ersten 6 bzw. 3 Wähler gewählt, sondern die 6 Stimm der Positiven fallen den ersten 5 und dem 6. Bewerber, die 3 Stimm der Liberalen den ersten beiden und dem 6. Bewerber zu, so daß hiernach gewählt sind von den Positiven: Stadtfarrer Kühlewind, Karlsruhe, Gausvater Straßer, Stadthaus Welfenreut, Hr. v. Göler-Baden-Baden, Rektor Landes-Karlsruhe, Stefan Gauk-Söböd und Stadtfarrer Dr. Dr. Menton-Gillingen, von den Liberalen: Stadtfarrer D. Seffelbacher-Karlsruhe, Kammerlingsoberbach Krebs-Karlsruhe, Redakteur Steinhauser-Baden-Baden und von der Landeskirchlichen Vereinigung: Oberhofprediger Fischer-Karlsruhe.

Bei den Wahlen zur außerordentlichen evangelischen Generalsynode wurden in Gagenau abgehalten: für die Liste der kirchlich-liberalen 148, der Positiven 6 Stimmen. Abstimmt haben etwa 35 u. S.

Ergebnis der Wahlen zur außerordentlichen Generalsynode.

Es haben nach vorläufiger Freistellung 5 Stimm erhalten im I. Wahlkreis (Diözesen Konstanz, Schwyzheim, Lörrach, Müllheim und Freiburg) die Positiven 7, Liberalen 8, Landesf. Vereinigung 0; II. Wahlkreis (Diözesen Emmendingen, Sornbier, Lahr und Rheinischheim) die Positiven 8, Liberalen 5, Landesf. Vereinigung 0; III. Wahlkreis (Diözesen Karlsruhe Stadt und Land und Baden) die Positiven 6, Liberalen 3, Landesf. Vereinigung 1; IV. Wahlkreis (Diözesen Forstheim Stadt und Land und Durlach) die Positiven 7, Liberalen 3, Landesf. Vereinigung 0; V. Wahlkreis (Diözesen Bretten, Espinzen, Oberelsberg, Neckarhöfheim und Einheim) die Positiven 8, Liberalen 4, Landesf. Vereinigung 0; VI. Wahlkreis (Diözesen Mannheim und Ladenburg, Weinheim) die Positiven 6, Liberalen 3, Landesf. Vereinigung 2; VII. Wahlkreis (Diözesen Heidelberg, Neckararmünd., Mosbach, Adelheim, Dornbach und Wertheim) die Positiven 7, Liberalen 5, Landesf. Vereinigung 1. Aufnahmen die Positiven 50, die Liberalen 31, die Landesf. Vereinigung 4 Stimm. Die Positiven haben somit die absolute Mehrheit erlangt.

Letzte Nachrichten.

Die Entzänfung der Rhein-Pfäzer.

(Drahtmeldung unseres Münchner Korrespondenten.) München, 3. Okt. Die Pfälzer Abgeordneten des bayerischen Landtages weisen die im „Pfälzer Volksboten“ wiedergegebene Behauptung der Rheinischen Korrespondenz, daß eine Anzahl von ihnen vom Regierungspräsidenten Winterstein 50 000 Mfr. erhalten haben, um dafür zu arbeiten, daß die Pfalz bei Bayern bleibe, mit größter Entzänfung zurück. Sie erklären, daß sie für ihre patriotische Arbeit von der bayerischen Regierung niemals eine finanzielle Beihilfe erhalten haben.

Auslieferung der „Berzas“?

bo. Berlin, 3. Okt. Nach Berliner Zeitungsberichten haben Pariser Blätter die Frage der ardenen weiträumigen deutschen Geschäfte, der „Berzas“, erörtert und ihre Auslieferung an Frankreich verlangt. Von unternichteter deutscher Seite wird dazu erklärt, daß Deutschland im Friedensvertrage zur Auslieferung einer bestimmten Anzahl schwerer Geschäfte verpflichtet ist. Ueber die Art dieser schweren Geschäfte ist in dem Vertrage nichts gesagt, und auf der Auslieferung der „Berzas“ sind wir überhaupt nicht verpflichtet. Die Geschäfte selbst befinden sich zurzeit in deutschen Aufstellungen. Sollten die Franzosen durch eine Erfassung ihrer Auslieferung verlangen, so würde das eine Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages bedeuten. (An sich wäre das aber nichts Neues, D. R.)

Die Kriegsgegenstände Deutschen in England.

Dambura, 3. Okt. Wie die Marineattaché-Kommission mitteilt, ist das englische Verbot des Auslaufens der deutschen Gefangenen, des Transportabwärters zunächst für hier unter dem Namen a u f a c h e n worden und zwar werden „Orotawa“ nach Sarnia, „Melita“ nach Oberlin, „Villa Real“ nach Southampton und Gherb und der Dampfer „Baabab“ nach Newcaslle gehen. An diesen Häfen warten bereits Kriegsgefangene, die dort abgeholt werden sollen, auf den Abtransport. Wenn mehrere Dampfer auslaufen können, wird von dem Verlauf des englischen Eisenbahnverkehrs abhängen.

Die Heimführung der Kriegsgegenstände aus Sibirien.

Paris, 3. Okt. (Sab.) Der Oberste Rat schritt zur Bescheidung von Offizieren für die Kommission, die sich mit dem Studium der Frage der Heimführung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen aus Sibirien zu befassen haben wird. Die Heimführung wird nach berichten der polnischen, rumänischen, japanischen und tschecho-slawischen Truppen erfolgen.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Zur Ernährungslage.

Nach den in der Ernährungsabteilung des Reichswirtschaftsamtes eingelaufenen Nachrichten über das Ernährungsergebnis...

Durch das bessere Ernährungsergebnis ist es möglich gewesen, die Ausmahlung unserer Brotgetreides erheblich zu steigern...

klein ein wichtiges Futtermittel für die Milchvieh wiedergegeben. Entsprechend den Erhöhungen der Getreidepreise...

Verordnung über den Verkehr mit Zucker.

Der Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker wurde im Reichsrat behandelt. Dabei führte der Berichterstatter aus, daß für die Zuckerherstellung...

Danach soll der Verkehr gemacht werden, die Zuckerherstellung zu beschränken durch Preisobergrenzen zum Anreiz für den Anbau und durch Aufhebung der Zwangswirtschaft für zuckerhaltige Futtermittel...

Die Verordnung, die jetzt vorgelesen ist, kommt natürlich reichlich spät, weil der Rückgang in der Zuckerproduktion bereits eine Tatsache geworden ist.

Rückgang des Zuckerrübenanbaues spielen so viel Momente mit, die dem Aufsteigenden nicht so bekannt sind. Da sind die Arbeiterfrage und damit zusammenhängend die rechtzeitige Bearbeitung der Rübenfelder...

Haferumlage.

Dr. Berlin, 3. Oktober.

Die Frage der Haferumlageerhebung wird nunmehr, nachdem die Feststellungen über die Anbaufläche des Hafers im Reichsgebiet vorliegen und einen sicheren Ueberblick über den Stand der Hafererzeugung geben...

Ein zeitgemäßer Aufruf.

Im badischen Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt richtet der Genossenschaftsverband an die badischen Landwirte und Genossenschaftler einen Aufruf zur raschen Ablieferung eines Haferertrages...

neue Zustände herrschen, wie der Bauer, niemand mehr zu verlieren, wie er. Das hätte es für ein Wert, wenn der einzelne durch Aufhebung...

Der Aufruf befaßt sich weiter mit der Aufhebung der Awanaswirtschaft. Der Genossenschaftsverband wird, sobald daran abgesehen werden kann...

Die Regierung muß aber auch dafür sorgen, die vielen Miskstände und Unerschaffenheiten, die Landwirt immer mehr verarmen, aus der Welt geschafft werden und daß der Landwirt für seine ansehnliche Preise erhält...

Sport - Turnen - Wandern - Reife

Volksfeste. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet in Mühlburg die Mannschaften der Sportvereine...

Statt Karten. Danksagung. Für alle unserer lieben verewigten Mutter, Tante und Großmutter Frau Franziska Hoppe Wwe. geb. Schindler...

Haus in vornehmer Lage, 4 Zimmer. Bad, wenn möglich Zentralheizung, zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 4903 ins Tagblattbüro erbeten.

Ab 6. Oktober befinden sich unsere Geschäftsräume Kaiserstraße 96 im Hause der Mitteldeutschen Creditbank. Haasenstein & Vogler A.-G. Annoncen-Expedition. Telefon Nr. 190

Todes-Anzeige. Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Tochter Anna im Alter von 19 Jahren nach kurzer Krankheit...

Kaufgesuche. Haus mit Garten, Hühner, Wägen, deren Nähe, zu kaufen gesucht. Angebot unter Nr. 4924 ins Tagblattbüro erbeten.

Gebrauchte Möbel. Zeitgemäßes Freisitzwagen großen Bedarf die Altmöbelstelle Bad, Baubund G. m. b. H. Schloßplatz 13. Telefon 3204. Angebote erbeten.

Tanz-Schule J. Heppes, Karlsruhe. Beginn neuer Kurse: September u. Oktober. Gefällige Anmeldungen erbeten.

Katholische Stadtgemeinde. St. Elisabethskirche, 5. Frühm.; 6. H. Meißner...

Todes-Anzeige. Unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante Frau Luise Held geb. Rahm Witwe des Finanzrats Emil Held...

Aufgepaßt! Karlsruher 2. Arbeiter-Verein. Kasse der Kleider- und Möbel-Verkauf.

Tanzlehrinstitut Großkopf, Gerrenstraße 33. In den beginnenden Jahren werden noch Herren-Anmeldungen erbeten.

Gottesdienste 5. Oktober. Evangelische Stadtkirche. Stadtkirche, 10. Frühm.; 11. Christenlehre...

Evangelische Stadtkirche. Stadtkirche, 10. Frühm.; 11. Christenlehre; 12. Kindergottesdienst...

Emaille-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) Geschirreparatur-Institut Körnerstraße 38 im Hof. Telefon 1421.

Pelz-Reparaturen Umarbeiten aller Art, auch Neuanfertigung, werden billiger von sachkundiger Hand ausgeführt, auch können hierzu alte Zutaten verwendet werden. P. Allgeier Durlacher Allee 25, I, Haltestelle der Elektrischen Georg-Friedrichstraße, Telefon 1951.

Bettmässen Abhilfe sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskauf umsonst. MERKUR-VERBAND Mühlweg 23, Neureutherstr. 13.

Abendbischöfen. Kleine Kirche, Donnerstag 8. Johannis-Kirche, Donnerstag 8. Verherrlichte, Donnerstag 8.

Advertisement for 'Badische Landesbibliothek' and 'Baden-Württemberg' at the bottom of the page.

Aus dem Stadtkreis.

Gedenkbücher für babische Kriegsteilnehmer. Die von der babischen Regierung...

Zur Wahl in der Südstadt. Es wurde an das Kommando des Stadtkreises...

Zum 80. Geburtstag des Thomae. Der Minister des Innern und Unterrichts...

Dem großen deutschen Meister. Dem ruhmgekrönten Sohne seiner babischen Heimat...

Der Stadtrat. (Ges.) Stadtrat, Oberbürgermeister, (Ges.) Vater, Stadtkämmerer.

Die Anfertigung der künstlerischen Ehrenurkunde war dem Karlsruher Grafiker...

Der Jubilar ist, wie wir hören, auch Ehrenmitglied der hiesigen Technischen Hochschule geworden.

Insiderwissen. Dem ehemaligen Feldwebel Georg Lauer, Schuldiener an der Südstädtischen H. wurde das Ehrenkreuz 2. Klasse verliehen.

Beim Hofkassendirektor waren Ende September 21 889 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Hofkassendirektionen sind in diesem Monat abgebaut worden: 484 842 000 M. Guthaben...

Colloquium. In dem neuen Programm ist eine ganze Reihe von Spezialfächern untergebracht, die in altmodischer und unverständlicher Hinsicht einen erheblichen Nachteil bringen.

Deranstellungen. Welt-Panorama. Die Bilder von Amerika, die so großen Beifall gefunden haben...

Die Methodistengemeinde wird in der Friedenskirche am Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr eifrig...

in dem Aufführ. 'Der Boot', 4 Akt, mit dem Herren Bergen und Bierack als ihr Partner.

Ständebuch-Auszüge. Geburten. 23. Sept.: Mikelti Margarete, Vater Karl Hermann, Mutter...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Giffre versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Ein Beitrag zur Valutafrage.

Eine bekannte Lübecker Importfirma, die seit über 70 Jahren Einfuhrgeschäfte von Skandinavien nach Deutschland mit Eisenwaren...

Selbst bei vielen nordischen Banken entstand die Vorstellung, daß der Besitz an Marknoten wertlos werden könnte, wenn künftig irgend eine Formallast übersehen würde.

Börsen- und Finanzmeldungen.

W. Frankfurt a. M., 3. Okt. Die Haltung der Börse war wiederum fest, und es zeigten verschiedene Marktgebiete ein recht lebhaftes Aussehen.

Karlsruher Kursnotierungen.

2. Okt. 3. Okt. 2. Okt. 3. Okt. Babische Bank 131.- 131.-, Darmst. Bank 116.50 116.50, Deutsche Bank 234.- 235.50, Dist. Comm. 171.- 176.50, Dresd. Bank 145.- 145.-, etc.

Berliner Börse.

W. Berlin, 3. Okt. Heute war es wieder die Erhöhung der einzelnen von der Spekulation bezogenen Werte, die dem gesamten Börsenverkehr den Stempel aufdrückte.

schöne Kiege erheblich, während die Mehrzahl der gleichartigen Papiere wenig Beachtung fand. Für Daimler erhielt sich unter Fortwirkung des Gerüchtes...

Berliner Kursnotierungen.

2. Okt. 3. Okt. 2. Okt. 3. Okt. Schantungabb. 153.50 155.-, Gr. V. Stra. 121.- 121.-, Gold-Geldmarkt 118.- 120.75, etc.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Dolland 899.- 901.-, Dänemark 519.25 520.75, Schweden 589.25 590.75, etc.

Deutsche Verlagsanstalt A. G. in Stuttgart. Der Aufsichtsrat der Deutschen Verlagsanstalt A. G. in Stuttgart beantragt für das ablaufende Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 10 Prozent...

Bei Beginn der Hamburger Handelswoche sprach Reichswirtschaftsminister Schmidt in längerer Rede über die Zukunft des deutschen Handels.

Amerikas wirtschaftliche Verluste. Das Newburger 'New York Courant', das man in amerikanischen Handelskreisen die Verluste der Vereinigten Staaten durch das Stilllegen der Ausfuhr nach England auf 10 Millionen Dollars täglich schätzt.

Gerichtssaal.

Verurteilte Kommunisten.

Darmstadt, 2. Okt. (Wolff.) Das Schwurgericht fällt in dem Prozeß gegen die Aktivistischen Kommunisten in Offenbach a. M. am Karfreitag, wobei 20 Personen verurteilt und viele verurteilt wurden...

1. Karlsruhe, 3. Okt. In der heutigen Sitzung der Strafkammer I wurden folgende Anklagen verhandelt: Eäger Karl Merel aus Iffesheim, Möbelhändler Adolf Kahler aus Eppingenweiler...

konnte nicht annehmen, daß die Verkäufer zu dessen Vergeltung berechtigt waren. Kahler und Dörnwächter sind rückfällige Diebe. Es werden beurteilt Merkel unter dem Zusammenbruch des Unternehmens mit der Vermögenshaftigkeit das lebhafteste Interesse...

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Auf Grund land- und funktelgraphischer Beobachtungen vom Freitag, 3. Oktober 1919, 8 Uhr morgens (M.E.S.).

Table with columns: Ort, Luftdr. 1. NN mm, Temp. Co, Wind Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag 5. Sept. 24 St. mm. Locations include Hamburg, Königsberg, Berlin, etc.

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7 1/2 Uhr morgens)

Table with columns: Luftdr. 1. NN mm, Temp. Co, Wind Richtung, Stärke, Wetter, Niederschlag mm. Locations include Karlsruhe, Seelbühl, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht. Ergänzende S. L.-Beobachtungen aus Frankreich und England haben ein wesentlich anderes Bild der allgemeinen Wetterlage im Westen ergeben...

Wetterausblick in Baden bis Samstag, den 4. Oktober, nächst: Zunächst noch einzelne Regen, geringe in der Ebene, stärkere im Gebirge...

Rhein-Donnerstände, morgens 6 Uhr.

Table with columns: Station, Höhe m, Temp. m, Windrichtung, Stärke, Wetter, Niederschlag mm. Stations include Sautermeister, Seib, etc.

Stimmen aus dem Publikum.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Die scharfe Ueberwachung des Kraftfahrverkehrs. Ist noch keine Zeit da, die Straßen wegzulassen, warum immer schreien und schreien? Wenn ein Auto bei Anruf eines Kontrollbeamten nicht hält...

Hausfrauenbund.

Sozialseite für die Zeit vom 5.-11. Oktober. Sonntag: Reichstyp, Sauerbraten und Rüdell. Abends: Derinasalat, Brot und Tee.

Die neuen Post- und Telegraphengebühren, gültig ab 1. Oktober. haben wir als Extradruck auf starkem Karton mit Dose hergestellt und zum Verkauf in unserer Geschäftsstelle, Ritterstr. 1, aufgelegt. Preis 20 Pfg.

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc.

beseitige ich mittelst meinem unübertroffenen Vertilgungsmittel. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer

Karlsruhe nur Ettlingerstr. 51 Tel. 2340

